

Anerkennung der Menschenrechte Armutszeugnis des deutschen Volkes?

Weiterverbreiten. Bis das Leugnen keine Chance mehr hat und die Anerkennung der Menschenrechte in allen Bereiche der „BRD“ erreicht ist.

Vor allem an „Richter“, „Polizisten“, „Staatsanwälte“, „Rechtsanwälte“ usw. An jeden der irgendetwas mit der Firma „OMF-BRDvD Deutschland GmbH“ zu tun hat

Immer daran denken: Der Präsident des Zentralrates europäischer Bürger für Menschenrechte ist ein türkischer Staatsangehöriger und müßte sich nicht für das deutsche Volk einsetzen.

Jetzt enttarnt sich jeder deutsche Feigling und Volksverräter, der die schriftliche Anerkennung ablehnt. (Artikel 20,4 GG & Artikel 25,1 GG)

Offizielle persönliche Anerkennung der Menschenrechte

Durch wiederholte und ständig steigende Menschenrechtsverletzungen wegen Regierungskriminalität und der nicht anerkannten Konvention gegen Folterungen in der Bundesrepublik Deutschland, festgestellt durch den internationalen Gerichtshof und dokumentiert durch das Begleitschreiben des Zentralrates europäischer Bürger, sowie unter <http://www.brd-matrix.de> **bekenne ich**

mich am zu den Menschenrechten, da diese zusehens in der „BRD“ nicht mehr erkennbar sind.

Um zu verhindern, daß ich auf Grund meiner

involvierten Tätigkeit als die Menschenrechte verletzen muß oder Zweifel an meiner Tätigkeit dadurch bekomme, um selber meine Existenz sichern zu können und da viele Handlungsweisen im Vorfeld nicht als Menschenrechtsverletzungen erkannt werden können verfasse ich hiermit schriftlich diese Erklärung um mich vor Verfolgungen wegen unbeabsichtigter Menschenrechtsverfolgungen, wissentlich von dritten Personen unterlaufen und willkürlich geschaffen worden, da ich mich auf diesem einzigsten Weg vor Menschenrechtsverletzungen schützen möchte. (Artikel 20,4 des GG und Artikel 25,1 des GG)

Diese Erklärung sende ich an den türkischen Präsidenten des Zentralrates europäischer Bürger für Menschenrechtein Selim Sürmeli, Bielfeldweg 26, 21682 Stade, Tel: 04141-670121

Und als Kopie an den ehrenamtlichen Kommissar für Menschenrechte Jörg Erdmannsky als e-Mail unter geratop2000@t-online.de oder geratop2000@web.de, Tel: 0175-1611191. (Wichtig!) Oder einen anderen

Kommissar.....

Sollte ich diese Erklärung nicht abgeben wollen, kann niemand erkennen ob sich nicht eine beabsichtigte oder unbeabsichtigte Menschenrechtsverletzung ergeben hat. Zum eigenen Schutz sollte daher diese Erklärung immer ab- und weitergegeben werden um strafrechtliche Konsequenzen weitgehend ausschließen zu können. Das tue ich hiermit.

Sollten trotz Erklärung dennoch Menschenrechtsverletzungen von mir (wissentlich/unwissentlich) erfolgen ist dies erkennbar und wird auch dann geahndet, da ja die „BRD“ die offiziellen Anerkennung der Menschenrechte gegen die Regierungskriminalität verweigert und die Konvention gegen Folterungen nicht anerkannt hat.

.....
Name, Unterschrift
(erforderlich)

Name, leserlich

berufliche Position

.....
Amt, Verwaltung mit Anschrift und Telefon

Datum

.....
Privatadresse

Telefon (freiwillig)

Bitte einen Antrag zur Mitgliedschaft im ZEB zusenden.

Hinweis: Ich möchte freiwillig außerdem mithelfen so viele Freunde, Kollegen und Verwandte vor indirekten Menschenrechtsverfolgungen zu warnen/schützen und ihnen ebenfalls nahe legen sich zum Schutz ihrer eigenen Person beim Zentralrat europäischer Bürger für Menschenrechte erfassen zu lassen, damit sie im Falle der zu erwartenden Welle der Verhaftungen/Ahndungen/Verurteilungen wegen Menschenrechtsverletzungen Schutz bekommen können. Sollte ich dauerhafte Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit meiner Tätigkeit feststellen, werde ich auf Grund von zu erwartenden Zweifel meiner Tätigkeit dies versuchen zu verhindern oder auf Dauer meinen Beruf wechseln müssen. Ich bin bestrebt mich vor dem zu erwartenden weltweiten Wirtschaftskollaps zu schützen, da mich dies wiederholt in Bedrängnis bringt die Menschenrechte zu verletzen.

Abgabetermin: _____

stern.de - 10.12.2007 - 08:07
 URL: <http://www.stern.de/politik/ausland/604815.html?nv=sml>

Verbaler Eklat

Simbabwe Minister nennt Merkel Rassistin

Beim Gipfeltreffen der EU und der Afrikanischen Union in Lissabon hatten sich Simbawwes Präsident Robert Mugabe und Bundeskanzlerin Angela Merkel einen verbalen Schlagabtausch geliefert. Simbawwes Informationsminister Sikhanyiso Ndlovu hat jetzt nachgelegt und Merkel als Faschistin bezeichnet. **mehr...**



DEUTSCHER BUNDESTAG Internationalen Tag der Menschenrechte weltweit zur Stärkung nutzen

PRESSEMITTEILUNG Berlin, den 10.12.2007

Prof. Dr. Däubler-Gmelin:

"Menschenrechtsverteidiger brauchen unseren besonderen Schutz"

„Menschenrechte sind unverzichtbare Pfeiler jeder zivilisierten Gesellschaft in Staaten, Regionen, in der globalen Gemeinschaft, auf die wir in unserer interdependenten Welt des 21. Jahrhunderts immer stärker zusteuern. Alle Menschen sind an weltweit gültigen verbindlichen Menschenrechten interessiert; Parlamente, Regierungen und Zivilgesellschaft müssen sich viel stärker als bisher um ihre Umsetzung kümmern und ein wirksames Schutzsystem für Betroffene und aktive Menschenrechtsverteidiger aufbauen“, betont die Vorsitzende des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin, aus Anlass des Internationalen Menschenrechtstages am 10. Dezember 2007.

Im Namen des Menschenrechtsausschusses erklärt sie weiter: „Besonders gefährdet sind Rechtsanwälte, Journalisten, Gewerkschafter sowie Vertreter von Frauenorganisationen, von ethnischen und religiösen Minderheiten und indigenen Völkern, die sich in ihren Ländern konkrete für die Menschenrechte einsetzen. Sie zu schützen und zu stärken gehört zu unseren Aufgaben. Das gilt auch für jene Parlamentarier, die wegen ihres Eintretens für die Menschenrechte unter schwierigsten Bedingungen verfolgt werden. Deshalb“, so Däubler-Gmelin, „kümmern sich die Mitglieder des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe im Rahmen der Aktion ‚Parlamentarier schützen Parlamentarier‘ auch besonders intensiv um solche verfolgten Menschenrechtsverteidiger: Diese Parlamentarier sollen ihr Mandat in Sicherheit ausüben können.“

Der Deutsche Bundestag hat schon im Dezember 2003 mit breiter Mehrheit den ‚Schutz von bedrohten Menschenrechtsverteidigern‘ beschlossen und unterstützt damit den Beschluss der Interparlamentarischen Union durch seinen Beitrag zum Schutz und zur Förderung der Menschenrechte in aller Welt.

Sehr erfreulich ist, dass sich nun inzwischen immer mehr Menschenrechtsorganisationen diesem erfolgreichen Patenschaftsprogramm anschließen. Je mehr Nichtregierungsorganisationen mit dem Menschenrechtsausschuss des Deutschen Bundestags kooperieren, umso erfolgreicher wird unsere gemeinsame Arbeit für die Menschenrechte sein.“

Herausgeber:
 Deutscher Bundestag - Presse und Kommunikation (PuK 1)
 Platz der Republik 1 - 11011 Berlin

Pressestelle: Telefon +49-30/227-37171 - Fax +49-30/227-36192



Mitglied und ehrenamtlicher Kommissar im Zentralrat europäischen Bürger für Menschenrechte. Mitglied in der Interim Partei Deutschland.

Selbstverwaltung seit 18.07.1990

Jörg Erdmannsky, In der Bredder 7, 58339 Breckerfeld



Deutschlandkonferenz

Breckerfeld, Tagesdatum

Politische Dummheit kann man lernen, man braucht nur deutsche Schulen zu besuchen. Die Zukunft Deutschlands wird wahrscheinlich für den Rest des Jahrhunderts von Außenstehenden entschieden werden. Das einzige Volk, das dies nicht weiß, sind die Deutschen.

Der Londoner Spectator am 16.11.1959

Jörg Erdmannsky

Patriot, Verfassungsschützer, Menschenrechtler
Lebensberater, Mentor und Förderer für die Jugend
Tel: 02338-488533 / Handy: 0175-1611191
E-Mail: geratop2000@t-online.de
<http://www.brd-matrix.de>
<http://www.euroausstieg.de.ms>

"Es ist undemokratisch, das Volk für dumm zu halten."

Sehr geehrte Dame, sehr geehrter Herr,

Der Dornröschenschlaf ist vorbei. Die Lüge verstummt. Die Courage und der Mut wächst. Zukunft für unsere Kinder. Deutschland erwacht. Durch den Einsatz von einigen hundert von Patrioten.

Ich lade Sie ein zur Deutschlandkonferenz

Die Veränderungen für die Freiheit des deutschen Volkes und zur Schaffung einer gültigen Rechtsstaatlichkeit nehmen immer klarere und deutlichere Formen an. Denn:

- 135 Jahre keinen Friedensvertrag (Seit 1871)
- Keine Verfassung nach 1945 (Artikel 146 GG)
- Keine gelöschte Feindstaatenklausel
- Keine Nationalversammlung (Durch die Ermächtigungsgesetze, ohne die Nationalversammlung geht gar nichts!)
- Kein Mitsprachrecht (Die Weimarer Verfassung ist gültig)
- Keine Bürgerentscheide
- Keine gültige Währung (Der Euro ist Falschgeld, weil die Amerikaner bereits 1990 die Bürgerschaft für die DM entzogen haben)
- Keine gültige Strafprozessordnung (gelöscht im April 2006)
- Keine gültige Zivilprozessordnung (gelöscht im April 2006)
- Kein gültiges Gerichtsverfassungsgesetz (gelöscht im April 2006)
- Kein Wirkungsbereich des Ordnungswidrigkeitengesetz (fehlendes Zitiergebot)
- Keine Möglichkeit zum Erhalt von Wohneigentum (gültiges BKO (47) 50, daher keine e. V. möglich)
- Keine Einbürgerungsmöglichkeit (Die "BRD" konnte noch nie eine Staatsangehörigkeit vergeben)
- Keine Demokratie (Die "BRD" ist eine insolvente Firma)
- Die Insolvenz der "BRD" wird seit August 2007 verschleppt. Insolvenzverfahren beim AG Frankfurt.

Das ist genug!

Kriegs.- und Besatzungsrecht gilt auch heute noch! Bundesbürger sind staatenlos und vogelfrei mit einem ungültigen Personalausweis, auf dem ein Baphomet ist. Unter Schwarzlicht erkennt man die umgedrehten Kreuze der "Bundesdruckerei" (ein Privatbetrieb) der "BRD Finanzagentur GmbH", eingetragen im Handels-

Ein Staat, der nicht die Menschenrechte und die Grundprinzipien der Demokratie zur Grundlage seiner Verfassung und Gesetzgebung macht, kann zwar Gesetze haben, aber er ist kein Rechtsstaat.

J. Rován, in FAZ, 2.1.1996, S.6

Über die Persönlichkeit:

"Die Bewegung hat die Achtung vor der Person mit allen Mitteln zu fördern: Sie hat nie zu vergessen, daß im persönlichen Wert der Wert alles Menschlichen liegt, daß jede Idee und jede Leistung das Ergebnis der schöpferischen Kraft eines Menschen ist, und daß die Bewunderung vor der Größe nicht nur einen Dankeszoll an diese darstellt, sondern auch ein einigendes Band um die Denkenden schlingt." (und um die Liebenden)

register zu Frankfurt. (Ein Grund warum Hartz 4 "verfassungswidrig" ist und nicht so funktioniert wie wir es erwarten. Sie müssen trotzdem zahlen, auch wenn sie uns die Arbeit vorenthalten. Alles was die erloschene Verwaltungseinheit "OMF-BrvdD Deutschland GmbH" tut ist rechtswidrig und illegal, aber sie ist verpflichtet den Bürger in jeder Weise, gemäß der Menschenrechtskonvention, trotzdem zu unterstützen. Daran ändert auch nichts die Illegalität von Hartz 4.)

Ja wir sind Personal einer Besatzungszone, dessen Gesellschaftsform eine GmbH und kein Staat ist!!! Die "BRD" war nie ein Staat. Das Grundgesetz wurde außerdem nie ratifiziert und ist nicht mehr gültig, weil die territoriale Gültigkeit des Grundgesetzes (Artikel 23 am 17. Juni 1990) aufgehoben wurde.

Deshalb dürfen Richter an den Gerichten nicht unterschreiben und kommen ihrer Remonstrationspflicht nicht mehr nach.

Und der absolute Hammer ist, daß das sogenannte Bundesverfassungsgericht nur von Alliierten besetzt ist. Dort befindet sich nicht ein einziger deutscher Richter. Stellt das Bundesverfassungsgericht nunmehr eine Widrigkeit fest (Weimarer Verfassung), so proklamiert sie damit ebenfalls eine Menschenrechtsverletzung. Damit ist offensichtlich und bewiesen, daß die "BRD" kein Staat ist sondern Besatzungszone.

"Dieses Schreiben ist maschinell erstellt und daher auch ohne Unterschrift gültig." (Standard unter heutigen "Behördenschreiben".)

Es ist Zeit Entscheidungen wieder selbst zu treffen und sie nicht mehr den Lügner in den "BRD Ämtern" zu überlassen.

"Objektive Aufklärung durch verantwortungsbewusste und aufrechte Quellen (jederzeit überprüfbar) sind die Basis, damit Entscheidungen (schon im persönlichen Bereich) zu Ergebnissen führen, uns dem Ideal der demokratisch, freiheitlichen Grundordnung näher zu bringen. Tragen wir also bei, unsere Verpflichtung dieser Maxime gegenüber wahr zu nehmen."

Auch "Pflichtbewusste" Polizisten, Beamte, Banker, Politiker und Richter der "BRD" sind Menschen. Es sind Großväter, Väter, Mütter und Töchter. Es sind Brüder und Schwestern, denen zum Großteil einfach nur Informationen fehlen um die Lage anders zu beurteilen.

Lasst uns ihnen die Chance geben diese Informationen zu prüfen. Sie haben ein Recht darauf.

Die Deutschlandkonferenz wurde von unserem türkischen Präsidenten des Zentralrates europäischer Bürger für Menschenrechte einberufen. Weitere Infos über die angegebenen Webadressen oder über meine Handynummer. Eine Anmeldung für den ZEB liegt bei. Weitere Informationen gibt es ebenfalls bei Anmeldung über die Webseite: <http://www.euroausstieg.de.ms>, über die e-Mail: geratop2000@t-online.de und selbstverständlich beim Zentralrat europäischer Bürger für Menschenrechte, Bielfeldtweg 26, 21682 Stade, Präsident Selim Sürmeli, 04141-670121

Die Wiederherstellung ist eine Struktur unter einer echten Demokratie unter einer echten Verfassung. Ohne Abhängigkeit, ohne Fremdverwaltung. Lernen Sie Ihren eigenen Staat wirklich kennen. Handeln Sie jetzt.

Deshalb möchte ich mit den folgenden Worten schließen:

**"Ich möchte später einmal auf das zurückblicken, was ich getan habe,
nicht auf das was ich gerne getan hätte."**

Mit freiheitlich demokratischen Grüßen

im Auftrag

Jörg Erdmannsky, ehrenamtlicher Kommissar für Menschenrechte im ZEB

PS: Diese Einladung geht an Staatsanwaltschaften, Gerichte, Rechtspfleger, Stadtverwaltungen, Inkassounternehmen, Justizvollzugsanstalten, evangelische und katholische Gemeinden, Arbeitsgemeinschaften (Arge), Finanzämter, Gerichtsvollzieher, Rechtsanwälte, Deutsche Rentenversicherung, und Privatpersonen sowie über den e-Mail Verteiler und das Internet. Das pdf Format kann per Download so für den Postversand genutzt werden. Einfach das Adressfeld ausfüllen.

"Wenn die Regierenden nicht mit dem Volk zu recht kommen, dann wäre es doch am einfachsten, wenn diese Verbrecher sich ein anderes Volk suchten."

Bertholt Brecht

DEUTSCHLANDKONFERENZ 2008



Am 01.03.2008 findet die Deutschlandkonferenz unter der Leitung des Hochkommissars für Menschenrechte und Friedenspreisträger 2007-2008 des International Center of Human Rights, -Herrn M.-Selim SÜRMELEI-, in der neutralen Schweiz statt. Herrn M.-Selim SÜRMELEI ist türkischer Staatsbürger, gehört keiner der beteiligten Gruppierung an und besitzt die meiste praktische Erfahrung in Sachen „Menschenrechte“.

Die Schweizer Regierung wird um Amtshilfe gebeten, entsprechende Räume und Sicherheit für alle diplomatischen Teilnehmer zu gewähren.

Ziel der Deutschlandkonferenz ist eine Verwirklichung einer Verfassung in Deutschland. Das Grundgesetz ist nicht von, sondern für die Bundesrepublik Deutschland eingesetzt worden (Art. 146 GG). Sie soll nach umfangreicher Aufklärungsarbeit der Bevölkerung in freier Entscheidung des Volkes nach dem Grundgesetz unter wirksamer Einhaltung der internationalen Menschenrechte im Sinne eines qualitativen Staatsmanagements erfolgen, wie auch durch das Grundgesetz bestimmt und vorgesehen ist. Die neue Verfassung soll Beispiel für andere zukünftige Verfassungen auf der Welt sein, in denen Menschenrechte vor wirtschaftlichen oder politischen Interessen an 1. Stelle stehen.

Ausdrücklich wird darauf hingewiesen, daß es sich bei der Deutschlandkonferenz nicht um die Klärung der Grenzfragen handelt, sondern um die Aktivierung einer Verfassung.

Jeder Teilnehmer wird zukünftig lebenslang diplomatischen Schutz erhalten, um dieses Ziel auf Dauer ohne Gewalteinwirkung zu überstehen. Die Deutschlandkonferenz muß vom Europarat finanziert werden, da der Europarat die Einhaltung der Menschenrechte bisher aus politischen und fiskalischen Gründen für Frieden und Freiheit in Europa in den letzten 50 Jahren nicht gewährt hat.

Zu dieser Deutschlandkonferenz werden alle kommissarischen und Exilregierungen des Deutschen Reichs, sowie die Besatzungsregierung der Bundesrepublik Deutschland, die 4 Siegermächte und die Nachbarstaaten eingeladen, um öffentlich über ungeklärte oder geheime Fragen Deutschlands für einen Friedensvertrag zu sprechen und Rede und Antwort zu stehen, damit Frieden und Freiheit in Deutschland möglich ist.

Die Deutschlandkonferenz wird öffentlich sein und 3 Tage andauern. Die Deutschlandkonferenz wird direkt im Internet übertragen, an dem wichtige Fragen auch der Bürger zugelassen werden müssen. Über die Wichtigkeit entscheidet ein freies Bürgerforum.

Grund für die Notwendigkeit für die Deutschlandkonferenz sind die ständig andauernden Menschenrechtsverletzungen in der Bundesrepublik Deutschland auf

Grund des Kriegs- und Besatzungsrechts. Die Bundesrepublik Deutschland ist auf Grund des Kriegs- und Besatzungsrechts nur Gast im Deutschen Reich.

Die Rechtsgrundlage und Notwendigkeit der Deutschlandkonferenz ergibt sich aus Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, der Militärgesetze, des Grundgesetzes und der Haager Landkriegsordnung von 1907.

Diese Rechtsgrundlage wurde vom deutschen Staatsrecht bestätigt, indem das Bundesverfassungsgericht am 31.07.1973 nach deutschem Verfassungsrecht festlegte, daß das Deutsche Reich fortbesteht und, daß das bis auf den heutigen Tag so bleibt, da diese Entscheidung bis heute nicht aufgehoben wurde. Sie wurde sogar noch durch eine neue Entscheidung dieses Gerichtes von 1975, die zu den Ostverträgen erging, bestätigt, welche ebenfalls bis heute fortbesteht. Die Bundesrepublik Deutschland ist daher nach dem allgemeinen öffentlichen Recht, also nach dem Völkerrecht und dem deutschen Staatsrecht nicht identisch mit dem Deutschen Reich, das als solches bis heute fortbesteht. Sie ist daher auch nicht etwa der Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches, das staats- und völkerrechtlich weiter besteht und international auch nicht etwa durch die Bundesrepublik Deutschland als Wirtschaft- und Verwaltungseinheit nach Art. 133 GG unter Militärbesetzung nach Art. 120 GG vertreten wird, da dafür kein entsprechendes Mandat besteht. Eine den beiden Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes entgegenstehende Entscheidung hat es bis heute nicht gegeben.

(2Bv1/73, BVerfGE 36, 1): „Das Grundgesetz - nicht nur eine These der Völkerrechtslehre und der Staatsrechtslehre! - geht davon aus, daß das Deutsche Reich den Zusammenbruch 1945 überdauert hat und weder mit der Kapitulation noch durch die Ausübung fremder Staatsgewalt in Deutschland durch die alliierten Okkupationsmächte noch später untergegangen ist, das ergibt sich aus der Präambel, aus Art. 16, Art. 23, Art. 116 und Art. 146 GG. Das entspricht auch der ständigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, an der der Senat festhält. Das Deutsche Reich existiert fort (BVerfGE 2, 266 [277]; 3, 288 [319 f.]; 5, 85 [126]; 6, 309 [336, 363]), besitzt nach wie vor Rechtsfähigkeit, ist allerdings als Gesamtstaat mangels Organisation, insbesondere mangels institutionalisierter Organe selbst nicht handlungsfähig. Im Grundgesetz ist auch die Auffassung vom gesamtdeutschen Staatsvolk und von der gesamtdeutschen Staatsgewalt "verankert" (BVerfGE 2, 266 [277]). Verantwortung für "Deutschland als Ganzes" tragen - auch - die vier Mächte (BVerfGE 1, 351 [362 f., 367])."

Hieraus ergibt sich, daß die Bundesrepublik Deutschland von 1949 kein Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches sein kann. An dieser Ordnung änderte sich auch 1990 mit dem Überleitungsvertrag nichts, weil es auch zu diesem Zeitpunkt keine Volksabstimmung über die Einsetzung einer gesamtdeutschen Verfassung gab oder geben sollte.

Diese illegalen Konstruktionen führten dazu, daß durch die Justiz Menschenrechtsverletzungen ohne eine wirksame und wirkliche Beschwerde- und Abhilfemöglichkeit begangen werden. Anstatt die Mißstände in der Justiz zu beseitigen, wurden die Menschenrechte beseitigt.

Der EGMR hat im Urteil EGMR 75529/01 SÜRMELI / GERMANY am 08.06.2006 die Menschenrechtsverletzungen nach Art. 6 und 13 MRK in der BRD festgestellt. Dieses Urteil des EGMR zu Art. 6 und 13 MRK besagt im Tenor, daß ein wirksames Rechtsmittel gegen Rechtsmißbrauch und Billigkeitsrecht für die Einhaltung des Rechts auf ein rechtsstaatliches Verfahren in der BRD nicht gegeben ist. In einfachen Worten hart übersetzt bedeutet dies, daß

die Bundesrepublik Deutschland kein wirksamer Rechtsstaat, sondern eine Illusion ist.

Es ist daher belegt, daß in der Bundesrepublik Deutschland weder der effektiv-garantierte Rechtsweg noch die Rechtswegegarantie aus keinem Verfahren wirksam erreicht werden kann (Art. 100, 101 GG). Somit leiden alle Verfahren bereits förmlich an NICHTIGKEIT.

Das Bundesverfassungsgericht kann also nicht wirklich und nicht wirksam nach Art. 100 GG im Sinne des wirksamen und wirklichen Beschwerderechts nach Art. 13 EMRK als Normenkontrolle von und aus dem unteren Gericht angerufen werden, weil es selbst den garantierten Rechtsweg wegen dem fehlenden effektiven Rechtsschutz nicht gibt.

Das BRD-Rechtssystem hat sich durch Menschenrechtsverletzungen selbst aufgelöst.

Art. 25 GG beschreibt die Wertigkeitsfolge von Recht, Gesetz, Legitimation, Grundgesetz, Verfassung und Völkerrecht. Die Verletzung des Art. 101 GG liegt dann vor, wenn

- a) Normen falsch ausgelegt,
- b) Willkür gegen die Objektivität betrieben
- c) und Gesetzesbindung außer Kraft gesetzt wird

(Kommentierung Art. 101 GG Maunz). Dieser Zustand liegt im ganzen Bundesgebiet vor, wie das Bundesverfassungsgericht selbst strafbar gegen Art. 1 GG und §130 StGB völker- und grundgesetzwidrige volksverhetzend beweist:

Beweis Merkblatt zur Bundesverfassungsbeschwerde

http://www.bundesverfassungsgericht.de/organisation/vb_merkblatt.html

- „... a) selbst wenn die Gestaltung des Verfahrens,
- b) die Feststellung und Würdigung des Sachverhalts,
- c) die Auslegung eines Gesetzes oder seine Anwendung


auf den einzelnen Fall Fehler aufweisen sollten, bedeutet dies für sich allein nicht schon eine Grundrechtsverletzung.....“.

Diese Rechtspraxis ist grundrechtswidrig, wie der Europäische Gerichtshof über Amts- und Staatshaftung in EuGH, Urteil vom 30.09.2003, AZ.: C-224/01 feststellt und erklärt hat! Damit ist die Wirkungslosigkeit und Nichtigkeit der Rechtswegegarantie als Stillstand der Rechtspflege belegt.

Der Begriff „Folter, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung und Strafe“ muß in dieser Zeit aktualisiert werden, wenn der Verlust der objektiven Rechtserlangungsmöglichkeiten zur Einschränkung des Rechts führt. Durch den Stillstand der objektiven Rechtspflege auf Grund dieses Staatsaufbaumangels an der widersprüchlichen Rechtsordnung kommt es in Folge zu Schäden und Folgeschäden mit berechtigtem Schadensersatz durch Beschädigung des Eigentums und des Vermögens der Opfer. Der Eigentums- und Vermögensschaden führt dann zur unmittelbaren Einschränkung der verbrieften Freiheit der Opfer. Diese Einschränkung der Freiheit führt zur Freiheitsberaubung und Abwertung der Menschenrechte und Menschenwürde. In Massen entstehen Unruhen, im Übermaß entsteht Terrorismus, im Mix entsteht Krieg.

Jedermann muß, um sein eigenes Verhalten darauf einrichten zu können, in der Lage sein, den räumlichen Geltungsbereich eines Gesetzes ohne weiteres feststellen zu können. Ein

Gesetz, das hierüber Zweifel aufkommen läßt, ist unbestimmt und deshalb wegen Verstoßes gegen das Gebot der Rechtssicherheit ungültig.

Das deutsche Volk hat diese **Metamorphose komplett verschlafen (Art. 146 GG), denn neben der Weiterführung des Besatzungsrechtes nach dem Überleitungsvertrag (Bundesministerium der Justiz E4-9161 II E2 355/2004) sind die Einföhrungsgesetze zum GVG, zur ZPO und StPO** seit 2006 mit dem Geltungsbereich ersatzlos aufgehoben worden (Bundesministeriums der Justiz vom 19.4.2006 ( [BGBl. I S. 866](#) *) m.W.v. 25.4.2006).

<http://www.dejure.org/gesetze/EGGVG/1.html> + <http://bundesrecht.juris.de/gvgeg/>
<http://www.dejure.org/gesetze/EGStPO/1.html> + <http://bundesrecht.juris.de/stpoeg/>
<http://www.dejure.org/gesetze/EGZPO/1.html> + <http://bundesrecht.juris.de/zpoeg/>

Die Aufhebung des Geltungsbereichs wird beispielsweise so begründet: "Vorschrift aufgehoben durch das Erste Gesetz über die Bereinigung von Bundesrecht im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums der Justiz vom 19.4.2006". Der aufgehobene § 1 der StPO lautete bis April 2006:

§ 1 Die Strafprozeßordnung tritt im ganzen **Umfang des Reichs** gleichzeitig mit dem Gerichtsverfassungsgesetz in Kraft.

Die Bundesrepublik Deutschland kann keine Reichsgesetze aufheben, nur die eigenen! **Die Konsequenz auf die laufende Rechtsprechung ist, wie bereits mit dem Urteil des EGMR 75529/01 SÜRMELI / BRD nach §245 ZPO bewiesen wurde, daß die Gesetze wegen Verstoßes gegen das Gebot der Rechtssicherheit ungültig und nichtig sind (BVerwGE 17, 192 = DVBl 1964, 147)!**

Inzwischen ist NIEMAND mehr verantwortlich in der Bundesrepublik Deutschland, weil keine Haftung auf den behördlichen Schadensverursacher möglich ist. Seit 1990 wurde das deutsche Vermögen durch eine Treuhandgesellschaft veruntreut und die Rentenkassen des Bürgers geplündert. Die Behörden und Körperschaften wurden zu Kapitalgesellschaften, die Arbeiter zu Kunden, das Volk zum Personal ohne Anerkennung der Staatsangehörigkeit, denn selbst die Bundesrepublik Deutschland (Amtsgericht Frankfurt am Main 72 HRB 51411) ist eine GmbH. Deswegen war bereits 1990 ein Friedensvertrag nicht beabsichtigt, weil die Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland unter Vorsatz im Unklaren gelassen werden sollte, **damit eine Schädigung ermöglicht werden konnte**, denn Deutschland konnte nur im Deutschen Volk aufgehen. Das deutsche Volk wurde durch Einbürgerungs- und Zuwanderungsgesetze bekämpft, damit die deutsche Volkszugehörigkeit unbestimmt wird. Die Ausländer wurden gegen ihren Willen auf Grund von Existenznötigungen zu BRD-Personal, denn ohne BRD-Personalausweis wurden sie auf dem Arbeitsmarkt bei der Vermittlung und Besetzung einer Arbeitsstelle diskriminiert.

Im Überleitungsvertrag 1990 waren theoretisch die Organe der Bundesrepublik und der Länder gemäß ihrer im Grundgesetz festgelegten Zuständigkeit befugt, von den Besatzungsbehörden erlassene Rechtsvorschriften aufzuheben oder zu ändern. **Da im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland praktisch keine entsprechenden Zuständigkeiten genannt sind, wurde hiermit zum Ausdruck gebracht, daß den BRD-Organen jegliche Befugnis genommen wird. Jede Gesetzesänderung bedarf der Zustimmung der Alliierten. Inzwischen hat die Bundesrepublik Deutschland erkannt, daß dieser Passus eigentlich Verdummung der Menschen bedeutet, weil völlig idiotisch und hat diesen Teil des Überleitungsvertrages ersatzlos am 30.11.2007 gestrichen**

**(Gesetz zur Bereinigung des Besatzungsrechts (BRBG),
Geltung ab 30.11.2007 Artikel 4 G. v. 23.11.2007 BGBl. I S. 2614).**

Damit ist klar, daß Besatzungsrecht in der Bundesrepublik Deutschland immer noch gilt. Aus dem Besatzungsrecht ist aber **dieser Teil am 30.11.2007 bestätigt worden.**

Nach dem Überleitungsvertrag bleiben für alle Rechte und Verpflichtungen, die durch gesetzgeberische, gerichtliche oder Verwaltungsmaßnahmen der Besatzungsbehörden oder auf Grund solcher Maßnahmen begründet oder festgestellt worden sind, in jeder Hinsicht nach deutschem Recht in Kraft, ohne Rücksicht darauf, ob sie in Übereinstimmung mit anderen Rechtsvorschriften begründet oder festgestellt worden sind. Diese Rechte und Verpflichtungen unterliegen ohne Diskriminierung denselben künftigen gesetzgeberischen, gerichtlichen und Verwaltungsmaßnahmen wie gleichartige nach innerstaatlichem deutschem Recht begründete oder festgestellte Rechte und Verpflichtungen.

Dieser Artikel besagt im Klartext, daß die Gesetzeslage wieder auf den Stand vor Genehmigung der BRD zurückgestellt wurde. Es gelten die durch die Alliierten bereinigten Reichsgesetze sowie alle Besatzungsrechte der Alliierten. Weiterhin besteht Besatzungsrecht im besetzten Deutschland.

Die Bürger in der Bundesrepublik Deutschland werden über die wahren Umstände der Verträge und ihrer RECHTE getäuscht und Straftaten werden durch die Justiz legalisiert, aus denen massive Menschenrechtsverletzungen und Verelendungen bei den Opfern entstehen.

Deswegen sind inzwischen Selbstverwaltungen in der Bundesrepublik Deutschland entstanden, weil der Staat in Wirklichkeit weder den garantiert-effektiven Rechtsschutz noch die Rechtswegegarantie bietet. Die Justiz der Bundesrepublik Deutschland hat derzeit überhaupt keine Rechtsgrundlage legal tätig zu sein und fällt daher weg. Der Beweis ist eindeutig.

Der Grund liegt im Besatzungsrecht nach Art. 120, 146 GG, denn viele Bürger wissen es nicht. Von Ihren Geldern werden neben Kriegslasten insbesondere Besatzungskosten gezahlt, weil die Bundesrepublik Deutschland noch heute besetzt ist. Deswegen gibt es keine Verfassung in der Bundesrepublik Deutschland, sondern immer noch ein Grundgesetz der Besatzer, **welches für die Bundesrepublik Deutschland gemacht wurde, deswegen die ganzen Schulden durch Korruption!**

Wenn damit der Staatsvertrag mit dem Bürger nichtig ist, **bedeutet eine Steuerzahlung des Bürgers die Billigung und Belohnung von ihren eigenen Menschenrechtsverletzungen.** Die Bürger zahlen zwar, spüren aber durch instinktiven Impuls, daß da etwas nicht stimmt, weil sie immer mehr belastet werden ohne Nachweis der Funktionalität und Legitimation von Recht, Gesetz, Verfassung und Völkerrecht. Der Grund liegt aber im Staatsaufbaumangel, den der einfache Bürger ohne Aufklärung nicht verstehen kann, weil er nur die Folgen spürt. Deswegen werden in der europäischen Union weder Menschenrechtsorganisationen finanziert, damit die Öffentlichkeitsarbeit verhindert wird, noch die Verteidiger der Menschenrechte in Schutz genommen. Und die Berichte über Menschenrechte in der Bundesrepublik Deutschland sind grundsätzlich gefälscht, weil die MACRO-(Regierungs)-Kriminalität überhaupt nicht erfaßt wird.

Statt auf 3 kann auf 2 Staatsorgansäulen (Gesetzgebung und Verwaltung Art. 20 GG) ein imaginärer Staat nicht existieren, wenn die politische Anweisung auch noch aus Washington kommt und somit nur die Verwaltung, als Wirtschafts- und Verwaltungseinheit, mit der Knüppelmethode ohne Recht(s)sicherheit übrig bleibt. Die Bundesrepublik Deutschland ist daher, erneut betont, kein Hoheits-, sondern ein Gewerbebetrieb.

Jede/r Bürger/in, der dann in Folge dieser Staatsaufbaumängel in Finanznöte gerät oder aus dem Netz (auf)-fällt, wird mit nicht unterschriebenen Haftbefehlen gegen internationales Völker- und Menschenrecht bedroht, wenn sie/er das Vermögen oder keine eidesstattliche Versicherungen abgibt. Regimekritiker und Menschenrechtsopfer werden mit gefälschten Tatsachen, Akten und Urkunden regelmäßig

demoralisiert, psychiatrisiert, kriminalisiert und in allen Ebenen ruiniert.

Diese Opfer erleiden schwerste Schäden ohne eine Rehabilitation. Deswegen hat der Europarat am 23.07.2007 öffentlich erklärt, daß die Menschenrechtsverletzung gestoppt, Menschenrechtsopfer rehabilitiert und entschädigt, Menschenrechtsverletzer verfolgt, bestraft und haftbar gemacht werden müssen. Dies alles ist auf politische Anweisung in der Bundesrepublik Deutschland nicht möglich, weil die Menschenrechtsverletzung in der Bundesrepublik Deutschland (unvorstellbar) keine Straftat ist!

Die deutschen Soldaten werden entweder im Auslandskrieg eingesetzt, um Drogenfelder zu beschützen oder sollen gegen das eigene Volk eingesetzt werden. Inzwischen wurde am 13.12.2007 von der BRD-Regierung eine europäische Verfassung unterzeichnet, die selbst nach Art. 146 GG unzulässig ist und mehrere Straftatbestände (des Verfassungshochverrats) unter Vorsatz erfüllt. Die sogenannten Regierenden sind inzwischen gegen die eigenen Grundsätze und Gesetze immun, weil die Justiz nicht funktioniert, da sie illegal auf politische Weisung organisiert ist.

Das ist der derzeitige chaotische Stand in der Bundesrepublik Deutschland.

Die Deutschlandkonferenz kann aus organisatorischen Gründen verschoben, nicht aufgehoben werden. Die kommissarischen und Exilregierungen des Deutschen Reichs müssen sich zur Erfassung anmelden, da sie nur teilweise bekannt sind. Zur Erreichung dieser kommissarischen Exilregierungen des Deutschen Reichs wird der Aufruf im InterNet bekannt gemacht. Mit den Urteilen des Bundesverfassungsgerichts über den Fortbestand des Deutschen Reichs und über Art. 146 GG ist diese Deutschlandkonferenz rechtlich zulässig und nach über 50 Jahren notwendig.

Die Besatzungsregierung der Bundesrepublik Deutschland wird über das Kanzleramt, die 4 Siegermächte und die Nachbarstaaten über die Botschaften eingeladen. Sie müssen sich aus organisatorischen Gründen verbindlich äußern, ob sie an dem Treffen teilnehmen möchten.

Pro kommissarische und Exilregierung des Deutschen Reichs, die Besatzungsregierung der Bundesrepublik Deutschland, die 4 Siegermächte und die Nachbarstaaten können maximal mit 2 Personen an der Deutschlandkonferenz teilnehmen. Hinzuweisen ist, daß in Fragen der deutschen Verfassung pro Partei eine Stimme möglich ist. Sollten die Parteien irgendwelche organisatorischen Verbesserungsvorschläge haben, so werden diese gebeten, diese an Herrn M.-Selim SÜRMELEI heranzutragen.

Die Folge des Ausbleibens einer Partei bei der Deutschlandkonferenz ist, daß Entscheidungen auch ohne die Anwesenheit dann nach dem Grundsatz verbindlich sind, denn Schweigen gilt als Zustimmung, wenn der Schweigende **sprechen konnte und auch musste aber nicht wollte**.

Soldat im Volk

Organ des Verbandes deutscher Soldaten e.V. (VdS) und des Hilfs- und Sozialwerkes des VdS e.V.
56. Jahrgang • Nr. 5 • September/Oktober 2007 Ausgabe G 12226

Fragen zur Zeit
Afghanistan:



Oberstil. a.D. Max Klaar
VdS-Bundesvorsitzender

Kopflös rein - kopflös drin - kopflös raus?

Auszug aus der Argumentation von
Oberstil. a.D. Max Klaar
VdS-Bundesvorsitzender
und *Dr. Albrecht Jebens*

Thema: Was tun unsere Soldaten in Afghanistan?

- Über die Verlängerung des Kriegseinsatzes in Afghanistan bestimmen in diesen Tagen im Bundestag unter anderem 205 (also über ein Drittel) kinderlose Abgeordnete mit, die die Verstrickung unserer Soldaten (m/w) in die Händel der Welt einfach nicht beenden können..... zu denen auch die kinderlose Frau Merkel gehört.
-Das Fleisch und Blut anderer in die Waagschale zu werfen, fällt wohl auch leichter. Die MdB, auch die mit Kind(ern), sind zu fragen, wer von ihnen sein Kind -falls er ein dienstfähiges hätte - in solche Einsätze schicken würde und welchen Sinn das Sterben und Versehrte werden unserer Kinder dabei überhaupt hat.
-Wir sind vom Eiertanz politischer Korrektheit angewidert, dessen jüngste Kostproben lauten; »Die Beamten gaben ihr Leben für unser Vaterland. Sie ließen ihr Leben für eine zutiefst humane Idee. Der Einsatz hat die Legalität durch UN-Beschluss.
-Ist das wirklich so? Ist unser so plötzlich wiederentdecktes »Vaterland« durch Afghanistan in Gefahr - denn nur dann gäben Soldaten dort ihr Leben für dieses!
-Unsere Soldaten und Polizisten gaben ihr Leben bzw. ihre Gesundheit, weil Bundestagsabgeordnete, allen voran Frau Merkel, sie dahin geschickt haben.
- Der deutsche Soldat (m/w) folgt nur gehorsam dem Befehl der Politik, wie er das in allen Kriegen zuvor auch tat, wofür er heute öffentlich und unter dem Schutz von Politikern und Gerichten, die das »freie Meinungsäußerung« nennen, als »Mörder« geschmäht werden darf und er seine Gefallenendenkmäler geschleift oder geschändet sehen muss.
- Diese Bekundungen aus den Mündern zumeist »ungedienter Politiker« fehlt das Wichtigste -die Glaubwürdigkeit! Politiker lassen sterben, sterben aber nicht selber!
- Wer solche Auslandseinsätze nicht zwingend begründen kann, folgt doch dem Rational: Kopflös rein, kopflös drin, kopflös raus.

Politik aktuell

Die Bundesrepublik Deutschland – immer noch kein souveräner Staat?

Auszüge aus der Dokumentation von Dr. Albrecht Jebens

1. Die Bundesregierung strebt seit 1994 für Deutschland einen ständigen **Sitz im UN-Sicherheitsrat an, ohne Erfolg**. Warum? Sie hat bisher kein einziges Mal die Aufhebung der Feindstaatenartikel 53 und 107 in der UN-Satzung verlangt. Aufgrund dieser Klauseln können **die Alliierten auch noch heute Gewalt gegen uns anwenden**, ohne die UN-Satzung zu verletzen, selbst wenn wir im Sicherheitsrat vertreten wären. Strebt unsere Regierung die Aufhebung dieser Artikel nicht an, weil sie als überholt, unwirksam angesehen werden oder weil wir gar nicht souverän sind, es nicht einmal werden wollen?
2. Die Frage gewinnt an Aktualität, da wir in zunehmendem Maße den Eindruck gewinnen, dass wichtige politische Entscheidungen unserer Regierung allem Anschein nach Vorgaben erfolgen, **die nicht nur inländischen Ursprungs sind**.
3. Die seit 1949 in großen Teilen mangelnde Souveränität der Bundesrepublik, zuerst der äußeren, dann der inneren, hat nicht nur zu einer Unsicherheit bei der politischen Wahrnehmung bundesdeutscher Interessen geführt, sondern vielmehr zum Nicht vermögen, deutsche Interessen auch dann zu definieren oder gar durchzusetzen, wenn sie sich von denen der EU- bzw. NATO-Partner grundlegend unterscheiden.
4. Ziel der alliierten Kriegspolitik, nämlich **die dauerhafte Ausschaltung des Deutschen Reiches** als militärische, politische, wirtschaftliche und kulturelle Macht in Europa durch dessen Zertrümmerung.
5. Die Nachkriegspolitik in Deutschland folgte in großen Zügen dabei einem Entwurf, den das US-State Department bereits **1942 für die Zerstückelung des Reiches** entworfen hatte. Dieser Plan sah drei Etappen vor.
 - In der **ersten Etappe** sollte das **Reich militärisch besiegt und besetzt** werden und flächenmäßig um **seinen Osten amputiert** werden, wobei die Festlegung der neuen deutschen Ostgrenze schwankend war.
 - In der zweiten sollten die Besatzungszonen in **mehrere deutsche Staatsneubildungen übergeleitet** werden. Auch hier gab es nach Größe, Anzahl und Grenzen verschiedene Vorschläge.
 - In der entscheidenden dritten Etappe sollte die **Orientierung des deutschen Volkes grundlegend geändert werden**, wobei der 1942 entworfene Hooton-Plan mit der **gezielten Einwanderung von Millionen von Ausländern** als Bestandteil der angestrebten Wesens Veränderung durch die entstehende Mischbevölkerung dazugehörte.
6. Gleichzeitig sollte die begrenzte Souveränität der Nachfolgestaaten bewirken, **dass keiner von ihnen mächtig genug würde, das Reich wiederherzustellen**.
7. Der Status Quo der Teilung Deutschlands mit der dazugehörenden, auf ewig angelegten »Vergangenheitsbewältigung« wurde vor allem für die Bundesdeutschen von zerstörerischer Kraft, weil er ihre **Psyche veränderte**, weil er ihr Denken, ihr Selbstbewusstsein verformte und sie aus ihrer Geschichte schrittweise, aber auf Dauer verdrängte, so dass sie sich kulturell bald mehr mit den **USA als mit den verarmten Landsleuten** im Osten ihres Landes verbunden fühlten.
8. Der US-amerikanische Schriftsteller **Gore Vidal**, ein Vetter des gegen Bush jun. unterlegenen Präsidentschaftskandidaten Al Gore, gestand am 3. Januar 1997 freimütig in einem Interview mit der »Berliner Zeitung«: **»Wir haben 1945 angefangen, uns den Globus zu erobern. Die NATO wurde nicht eingerichtet, um die armen Europäer vor den Russen zu schützen, sondern um die totale Kontrolle über Westeuropa zu erlangen«**(Burneleit, S. 28).

9. Noch ehrlicher bekannte dies Ziel der **erste Generalsekretär der NATO, Lord Ismay**, der 1955 den Zweck dieses Bündnisses klipp und klar wie folgt formulierte: **»To keep the Russians out, to keep the Americans in, and to keep the Germans down.«**
10. erhielt Wirtschaftsminister Ludwig Erhard in der Bi-Zone freie Hand für seine überaus erfolgreiche Soziale Marktwirtschaft. Gleichzeitig aber beließen die Alliierten die **Westdeutschen in der Illusion, mit ihnen gemeinsam die Wiedervereinigung in Freiheit zu erlangen.**
11. Zitat des einflussreichen US-amerikanischen Publizisten **Jim Hoagland**, der am 26. Januar 1989 im Leitartikel der regierungsnahen, maßgebenden »Washington Post« schrieb: »Die Gründung der Bundesrepublik fand unter der Vorspiegelung statt, **dass die westlichen Besatzungsmächte mit den Deutschen gemeinsam das Ziel der Wiedervereinigung Deutschlands in absehbarer Zeit verfolgten.** Dieser Täuschungsversuch ist auch im Grundgesetz von 1949 enthalten, welches besagt, dass die Bundesrepublik nur ein Provisorium sei. In ihrem Herzen aber wissen die Deutschen, dass die Westmächte zusammen mit der Sowjetunion Maßnahmen gegen die Wiedervereinigung getroffen haben, weil das Reich (!) dadurch Europa, wie einst, dominieren könnte. Die Deutschen müssen aber vortäuschen, das nicht zu wissen, so dass ihre Handlungen mit falschen westlichen Versicherungen übereinstimmen. Dadurch«, so die entlarvende Folgerung Hoaglands, »ist es so weit gekommen, dass der Gebrauch von absoluten Unwahrheiten, die jedermann zu glauben vorgibt, zum alltäglichen Standard politischen Handelns in Westdeutschland gehört.«
12. Bis 1990 galt es in Westdeutschland als schon am Rande der gesellschaftlichen Duldung, wenn man vom **Souveränitätsdefizit des Grundgesetzes** sprach. Dennoch hatte Ernst Forsthoff schon früh die »mangelnde Legitimation« des Grundgesetzes beklagt. Werner Maser gar stellte fest, **dass das Grundgesetz im Wesentlichen im Gepäck der USA über den großen Teich zu uns gekommen wäre**, und Helmut Rumpf verfasste 1973 ein Werk mit dem bezeichnenden Titel »Land ohne Souveränität«.
13. Es wurde übrigens in Kraft gesetzt zusammen mit einem bis heute geheim gebliebenen vertraulichen Zusatzabkommen (»Kanzlerakte«), über dessen Inhalt man nur mutmaßen kann.
14.Hieß es beispielsweise in der Frankfurter Reichsverfassung (FRV) von 1848 in Art. 127, III: **»Die Deutschen sind vor dem Gesetz gleich«**, und im Art. 109 der Weimarer Reichsverfassung (WRV) von 1919: »Alle Deutschen sind vor dem Gesetz gleich«, so heißt es im Art. 3 Grundgesetz (GG): **»Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich«**, also auch die auf deutschem Territorium sich befindenden Ausländer.
15. Aus dem Art. 144 in der FRV: »Jeder Deutsche hat volle Glaubens- und Gewissensfreiheit«, wurde im GG Art. 4: »Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit der religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.« Es gibt also keinen Staatsbürgerbezug mehr.
16. Hieß es in der FRV und WRV nahezu identisch (§ 143 bzw. § 118): »Jeder Deutsche hat das Recht, seine Meinung (...) frei zu äußern«, so wurde daraus im GG in Art. 5: »Jeder hat das Recht, seine Meinung (...) frei zu äußern.« Deutsche sind Ausländern damit gleichgestellt.
17. Insgesamt kann festgehalten werden, dass der Einfluss der Westalliierten auf das Grundgesetz **außerordentlich groß war**. Schon im Namen kommt das zum Ausdruck, weil es nicht **das** Grundgesetz »der« Bundesrepublik ist, sondern **»für die«** Bundesrepublik, was Rückschlüsse auf die eigentlichen Urheber zulässt.
18. Tatsächlich stammte die maßgeblich Grundlage des Grundgesetzes von dem in Harvard damals lehrenden US-Juristen Carl Joachim Friedrich (1901-1984), einem Exildeutschen (Waldstein, S. 3-9).
19. So gab es von 1949 bis 1990 **keine einzige operative Maßnahme** der westdeutschen Außenpolitik mit eigenen Mitteln, oder durch Unterstützung der alliierten Mächte, die **Wiedervereinigung Deutschlands** im Vier-Zonen-Bereich zu bewirken.
20. Es gab erst recht keinen einzigen Vorstoß, die deutschen Ostgebiete oder Teile derselben zurückzuerhalten; **im Gegenteil, polnische und sowjetische Avancen in den 50er Jahren wurden von vornherein zurückgewiesen.**
21. **Und es gab - bis heute! - keinen einzigen Vorstoß, die diskriminierenden Feindstaatenklauseln 53 und 107 in der UNO-Satzung abzuschaffen, weder von der BRD, der DDR, noch von der Republik Österreich.**

22. So gab es bis 1990 nicht nur keine operative Wiedervereinigungspolitik, sondern seit Beginn der sozialliberalen Ostpolitik auch keinerlei Entwürfe oder Pläne für den Tag »X« der Wiedervereinigung. **Der entsprechende Forschungsbeirat wurde 1970 nicht nur aufgelöst; vielmehr wurden alle Unterlagen sogar vernichtet.**
23. Mit der »Abschließenden Regelung in Bezug auf Deutschland«, also mit einem politischen Objekt, keinem Subjekt, dem so genannten **2 + 4-Vertrag** zwischen den vier Alliierten, dem Subjekt, und den beiden deutschen Regierungen in Bonn und Ost-Berlin, dem Objekt, hingegen ist das Thema offiziell beendet. Dieser Vertrag wird als mit einem Friedensvertrag offiziell gleichgesetzt. Folglich begibt man sich auf ein gefährliches Feld, wenn man auf ganz entgegengesetzte Fakten aufmerksam macht, zum Beispiel auf ein geheimes Zusatzabkommen zu diesem Vertrag (Cohrs, S. 9).
24.und hat für deren Zustimmung und der der Alliierten zur Vereinigung einen sehr hohen Preis gezahlt:
- den Verzicht auf die deutschen Ostgebiete,
 - die widerspruchslose Hinnahme der Einwanderung hunderttausender von Asylanten,
 - die Kontingentaufnahmen jüdischer Auswanderer aus Osteuropa,
 - die Entstaatlichung von Post und Bahn,
 - die Abschaffung der Deutschen Mark zugunsten der europäischen Einheitswährung Euro,
 - die weitere Einbindung in die EU mit der Abgabe weiterer Souveränitätsrechte
25. Für jeden Normalbürger bedeutet das, dass keinerlei Regelungen aus früherem Besatzungsrecht mehr fortgelten können, wie sie sich aus dem so genannten »Überleitungsvertrag« von 1954 (BGB I. Teil II vom 31. 3. 1955) ergaben. Bis 1990 hatten von den zwölf Teilen dieses Vertrags immerhin neun Teile mit 83 Artikeln und 224 Abschnitten noch gegolten.
- Tatsächlich wurde in Pkt. 1 der »Vereinbarung vom 27. 2. 1990 zum Vertrag über die Beziehungen der BRD und den drei Mächten« (BGB I. Teil II, S. 1386 ff.) vereinbart, dass die alliierten Bestimmungen suspendiert werden, mit Ausnahme **des Pkt. 3**, in dem im 1., 3., 6., 7., 9. und 10. Teil zahlreiche Artikel weiter fortgelten.
So heißt es im 1. Teil bei Art. 2 Abs. 1: *»Alle Rechte und Verpflichtungen, die durch gesetzgeberische, gerichtliche oder Verwaltungsmaßnahmen der alliierten Behörden oder aufgrund solcher Maßnahmen begründet oder festgestellt worden sind, sind und bleiben in jeder Hinsicht nach deutschem Recht in Kraft, ohne Rücksicht darauf, ob sie in Übereinstimmung mit anderen Rechtsvorschriften begründet oder festgestellt worden sind. (...)«*
26. Der Geheime Staatsvertrag vom 21. Mai 1949 wurde vom **Bundesnachrichtendienst unter »Strengste Vertraulichkeit«** eingestuft. In ihm wurden die grundlegenden Vorbehalte der Sieger für die Souveränität der Bundesrepublik bis zum Jahre 2099 festgeschrieben, was heute wohl kaum jemandem bewusst sein dürfte. Danach wurde einmal der **Medienvorbehalt** der alliierten Mächte über deutsche Zeitungs- und Rundfunkmedien **bis zum Jahr 2099** fixiert, zum anderen wurde geregelt, dass jeder Bundeskanzler Deutschlands auf Anordnung der Alliierten vor Ablegung des Amtseides die so genannte »Kanzlerakte« zu unterzeichnen hatte. Darüber hinaus blieben die Goldreserven der Bundesrepublik durch die Alliierten gepfändet.
27. *Es gelten damit grundsätzliche Bestimmungen des Besatzungsrechts also weiterhin, und zwar zeitlich unbegrenzt*
28. *Fort gilt nämlich auch weiterhin Teil 9 Art. 1 des »Überleitungsvertrages«: »Vorbehaltlich der Bestimmungen einer Friedensregelung mit Deutschland dürfen deutsche Staatsangehörige (...)« - gegen die Siegermächte und deren Staatsangehörige - »keine Ansprüche irgendwelcher Art erheben wegen Maßnahmen, welche von den Alliierten während des 2. Weltkrieges wegen des (...) Kriegszustandes getroffen worden sind. Auch darf niemand derartige Ansprüche vor einem bundesdeutschen Gericht geltend machen*
29. Entsprechende Bestimmungen gibt es auch in Teil 6, die **Enteignung von deutschem Auslandsvermögen** und anderem betreffend. Hierbei **verpflichtet sich die Bundesrepublik sogar, auch in Zukunft (!) keine Einwendungen gegen Maßnahmen zu erheben, die von den alliierten Mächten beschlossen worden sind und beschlossen werden.**

30. Den Siegermächten wird also das Recht zugestanden, auch heute und in Zukunft zeitlich unbegrenzt deutsche **Auslands- oder sonstige Vermögen zum Zwecke von Reparationen, Restititionen oder aus anderen Kriegsgründen zu beschlagnahmen und enteignen zu können** und sogar noch spezielle Abkommen treffen zu können. Ausdrücklich heißt es: **»Die Bundesrepublik wird keine Einwendungen erheben.«**
31. Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass das in Teilen fortgeltende Besatzungsrecht mit dafür eine Ursache ist, dass die Abschaffung der **deutschen Währung**, der Verzicht auf den deutschen Osten und der Umbau der Bundeswehr von einer Verteidigungsarmee zu einer weltweit einsetzbaren Interventionstruppe unter NATO- oder UN-Kommando so glatt über die Bühne gehen.
32. Auch die Zwangsarbeiterentschädigung und die immer wieder neu an Deutschland herangetragenen Forderungen auf **Wiedergutmachung als Folge von Kriegshandlungen** sind vor diesem Hintergrund plötzlich sehr wohl nachvollziehbar, **während private deutsche Forderungen nach Entschädigungen nicht einmal von der eigenen Regierung angenommen werden.**
33. Auch der **widerspruchslose Ausbau der US-Stützpunkte Ramstein und Grafenwöhr** für Kriegsvorbereitungen gegen den Irak wird plötzlich erklärlich. Geradezu entlarvend ist vor diesem Hintergrund der Kommentar der »American Free Press« vom 7. Oktober 2002, in dem es heißt: **»Ironischerweise ist Deutschland keine souveräne Nation, ohne Friedensvertrag und mit über 70,000 US-amerikanischer Besatzungstruppen noch immer auf seinem Boden: Die USA und Großbritannien könnten die Bundestagswahl annullieren unter Deutschlands tatsächlicher Verfassung, dem Londoner Abkommen vom 8. August 1945.«**
34. Man könnte verzagen, wenn man liest, dass der ehemalige Sicherheitsberater des US-Präsidenten Carter, Zbigniew Brzezinski, Deutschland im Rahmen der geopolitischen Vorherrschaft der USA zur **»Klasse der Vasallen und tributpflichtigen Staaten«** rechnet (Brzezinski, S. 41).
35. Großideologien ein Europa, das sich hauptsächlich auf die Notwendigkeit weiteren Wirtschaftswachstums gründet, auf Dauer keinen Bestand haben wird. **Je größer die EU wird, desto politikunfähiger dürfte sie werden**, desto eher dürfte sie wegen der ständig sinkenden Zustimmung der Völker scheitern. Die Völker und Volksgruppen, die Nationen und Religionen kehren zurück und werden im 21. Jahrhundert des Europas der Vaterländer die bestimmenden Kräfte der Politik werden.
36. Die USA sind dabei, den Gipfelpunkt ihrer Weltmachtrolle im Zeichen des nahenden Verfalls zu überschreiten. Das Scheitern des Melting Pot, das Schmelzen des weißen Blocks der »White Anglo-Saxon Protestants« und die rasante Zunahme der gelben, braunen und schwarzen Bevölkerung wird ihre jetzt noch vorhandene Weltmachtrolle beenden und den USA eine andere Seele, eine andere Elite, eine andere Ausrichtung von Politik geben.
37. **Für alle Deutschen werden sich angesichts der Überdehnung der USA neue Möglichkeiten ergeben.** Denn nach dem Verschwinden der letzten Weltkriegsüberbleibsel in Verträgen und Anordnungen kann sich für unser Volk eine Neuformierung des Staates aus dem Fundus Preußens ergeben.
38. Ulrich v. Hassel, der tragisch gescheiterte Diplomat vom 20. Juli 1944, hat den geschichtlichen Auftrag von uns Deutschen so umschrieben: **»Deutschland, in der Mitte Europas gelegen, ist das Herz Europas. Europa kann nicht leben ohne ein gesundes Herz.«**
39. **Der Hooton-Plan**, so genannt nach Prot Hooton von der Harvard-Universität, wurde in den USA erstmals am 11. 10, 1944 in der »New York Times« publik. Dieser Plan, den Hooton als Berater Roosevelt für die US-Regierung entwarf auch die genetische Veränderung des deutschen Volkes durch **»Herauszüchtung des aggressiven Potentials«** mithilfe **massenhafter Einwanderung fremder Männer** in das besiegte Deutschland vor, die sich mit den deutschen Frauen vermischen sollten, während die deutschen Männer noch in Kriegsgefangenschaft zu verbleiben hatten. Es handelte sich bei diesem Plan also um eine Rassenbiologische Kriegsführung, welche den nationalsozialistischen Vorstellungen in nichts nachstand. Der Hooton-Plan entstand in etwa zeitgleich mit den anderen Vernichtungskonzepten. namhafter Berater Roosevelts wie N. Kaufmann (»Germany must perish«), Neizer (»What to do with Germany«) und Morgenthau.

40. Das Geheime Zusatzabkommen zum Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland wurde am 23. Mai 1949 von Konrad Adenauer als den Präsidenten des Parlamentarischen Rates und von den beiden Vizepräsidenten unterzeichnet, nachdem mit den Westalliierten am 21. Mai 1949 ein **geheimer Staatsvertrag** geschlossen worden war. Dieses Zusatzabkommen, kurz auch als **»Kanzlerakte«** bezeichnet, enthält nach Aussage von Prof. James Shirley einen Passus, nach dem die **Medienhoheit in Presse, Rundfunk, Verlagswesen bis zum Jahre 2033 (oder 2099) bei den Alliierten verbleibt**, außerdem enthielt es das so genannte Alliierten veto, das erst 1990 durch einen geheimen Zusatz zum 2+ 4-Vertrag als **obsolet«** erklärt wurde. Jeder Bundeskanzler hat vor Ablegung seines Amtseides auf alliierte Anordnung diese »Kanzlerakte« zu unterschreiben. Das **Deckblatt dieses Zusatzabkommens wurde in Kopie Professor Shirley zugespielt** und befindet sich auch im Besitz des Verfassers. Bezeichnenderweise konnte Prof. Shirley für sein Buch »Die erzwungene Demokratie Deutschland 1949* (New York, Hearst-Verlag 1999), das auf Gespräche mit hochrangigen Zeitzeugen, die 1949 im Dienste der Hohen Kommissare der Alliierten standen, zurückgeht, keinen deutschen Verleger finden. (Quelle: Agedo-Presseschau Düsseldorf}
41. Ernst Otto Cohrs aus Rotenburg a.d. Wümme bat in einem Schreiben vom 15. Mai 1998 Bundespräsident Herzog um Aufklärung um das Geheime Zusatzabkommen vom 2+4-Vertrag und bezog sich dabei auf ein **aus der Schweiz durch Indiskretion bekannt gewordenes Dokument, demzufolge die Alliierten auch nach der Wiedervereinigung Deutschlands das Recht behalten, militärische Liegenschaften als alliiertes Hoheitsgebiet zu nutzen und ohne deutsche Zustimmung zeitlich begrenzte Hoheitsgebiete einzurichten und zu unterhalten**. Am Entscheidenden aber sind die uneingeschränkt weiterhin geltenden **alliierten Vorbehalts rechte in Aufsicht, Kontrolle und Lenkung der deutschen elektronischen und Printmedien, Filme, Kultur (Theater, Musik) und im Bildungs- und Erziehungswesen**. Das Dokument wurde erstmals in der südafrikanischen Zeitschrift »Der Insider«, Nr. 2/1997 vom 1. Februar 1997, hrsg. von Varama Publishers, Pretoria, PF 17200, veröffentlicht und bisher nicht widerlegt. Das Auswärtige Amt verneinte in seiner Antwort an Herrn Cohrs vom 5. Dezember 1996 die Existenz eines geheimen Zusatzabkommens zum 2+ 4-Vertrag, während er vom Bundespräsidialamt nie eine Antwort erhielt.

Vorausschau – 2008 kommt doch

Von Walter K. Eichelburg
Datum: 2007-12-25

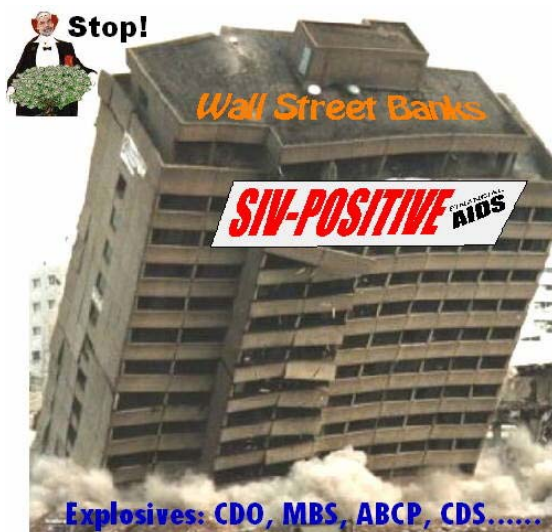
Dieser Artikel versucht eine Vorausschau auf 2008. Mit dem Ausbruch der Bankenkrise im August 2007 hat man alles getan, das System „zusammenzuhalten“. Das wurde in den letzten Wochen durch Monster-Geldinjektionen der Zentralbanken noch verstärkt, um noch bis zum Jahresende 2007 zu kommen. Das Problem dabei ist, es kommt ein neues Jahr und es wird nicht mehr gelingen, den derzeitigen Zustand noch ein Jahr zu erhalten. Kurz gesagt, 2008 wird der hyperinflationäre Kollaps kommen.

Die Tränen von Millionen Sparern werden die Flüsse versalzen ...
- Martin Weiss (aus Newsletter-Werbung)

Das Jahr 2007 - Rückblick:

Waren die Jahre von 2002 bis 2006 nach dem Börsencrash von 2000-2001 relativ „ruhig“ und von einer weiteren, massiven Kreditausdehnung gekennzeichnet, so begann sich die Situation mit Anfang 2007 zu ändern. Als Erstes setzte ein massives Sterben amerikanischer Subprime-Kreditgeber ein. Diese hatten meist Hypothekenkredite mit Druck an Leute verkauft, die diese gar nicht richtig zurückzahlen konnten. Erst als diese Kreditgeber (Mortgage-Leders) die von ihnen vergebenen Kredite nicht mehr an Wall Street Banken weiterverkaufen konnten, kam nach und nach das ganze Debakel zum Vorschein.

Im Juni 2007 „stolperten“ die ersten Hedge-Fonds, die aus diesen Krediten abgeleitete Anleihen (sogenannte Collateralized Debt Obligations – CDO) ihrerseits auf Kredit gekauft hatten. Bezeichnenderweise wurden diese Fonds vom US-Finanzhaus Bear Stearns betrieben. Einer der Kreditgeber (Prime Broker), Merrill Lynch versuchte diese Papiere am freien Markt zu verkaufen, bekam aber kaum etwas dafür.



Damit setzte ein Problem ein, das uns bis jetzt in Atem hält: diese CDOs sind enorm illiquid und am Markt fast nichts wert. Deren „Wert“ wurde nach einem Modell berechnet, auch genannt „Mark to Model“. Erst vor einigen Wochen musste der US-Online-Broker E-Trade solche CDOs notverkaufen und bekam für die „besten Qualitäten“ zwischen 11 und 27% vom Nennwert.

Beginn der Bankenkrise im August:

Ab Ende Juni brach der Markt eine Reihe riskanter Anleihen (CDOs, MBS, Junk-Bonds) langsam zusammen. Dabei ist es bis jetzt geblieben. Auch der Boom bei Firmenübernahmen auf Kredit (Leveraged Buy Outs – LBO) kam im Juli zum Erliegen, nachdem die Banken die Kredite dafür nicht

mehr weiterverkaufen konnten.

Anfang August trat dann die Krise in ihre nächste Stufe über. Die Conduits oder SIVs (Structured Investment Vehicle) der Banken kamen ins Wanken. Den Anfang machte die „Mittelstandsbank“ IKB in Deutschland, gefolgt von der SachsenLB, die inzwischen notverkauft wurde.

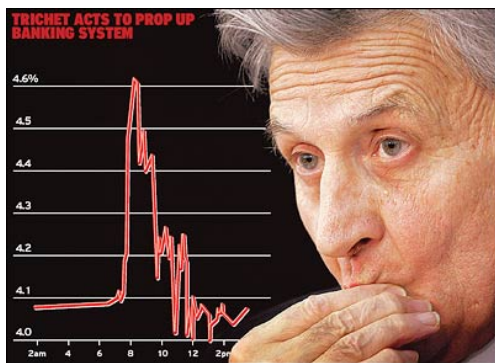
Das sind aber nicht die grössten Conduit-Betreiber, es sind (in absteigender Reihenfolge): Citigroup (US), HSBC (UK), WestLB (DE). Zumindest bei der Citigroup gibt es damit schon die grossen Probleme, viele andere Banken dürften es noch unterdrücken.

Was haben die gemacht?

Sie haben über Zweckfirmen (die Conduits/SIVs) ausserhalb der Bilanz Unmengen dieser amerikanischen CDOs und ähnlicher Papiere gekauft und diesen Kauf durch die Ausgabe von „Asset Backed Commercial Paper“ (ABCP) finanziert, also kurzlaufender Anleihen, aber mit Haftung dafür durch die Bank. Das ABCP lässt sich seit August nicht mehr verkaufen, also werden alle Tricks eingesetzt, um die Milliardenverluste zu verschleiern. Die CDOs können sie kaum verkaufen, denn diese bringen am Markt nichts, also halten sie wie der Kleinanleger weiter daran fest.

„Rettungs-Massnahmen“ der Zentralbanken:

Am 9. August brach dann die „Hölle“ los, die Banken begannen sich untereinander nicht mehr zu trauen und keine Kredite mehr zu vergeben.



Am Donnerstag, den 9. August schossen plötzlich die Interbank-Zinsen in Europa hoch, wie das Bild zeigt (Quelle: Telegraph). Von den „regulären“ 4.0% (Leitzinssatz) auf 4.6%. Beim US-Dollar war der Anstieg noch höher. Darauf reagierte Trichets EZB mit einem „Schnell-Tender“, wo sofort fälliges Geld gegen die Hinterlegung von Wertpapieren als Bankreserve bereitgestellt wird.

An dem Chart sieht man, wie schnell der Zinsanstieg und damit die Kreditknappheit geschah – innerhalb weniger Minuten.

Das Schlimmste ist überstanden - der EZB zufolge wurde ein **Kollaps der Finanzmärkte wegen der US-Kreditkrise gerade noch abgewendet**. Präsident Trichet spricht von einer Normalisierung der Lage (Spiegel, 14.8.).



Starke Beruhigung. In der Realität stehen alle Zentralbanken ständig mit dem „Defibrillator“ bereit, um einzugreifen, wenn die Krise wieder irgendwo hochzuckt.

Wie sieht dieser „Defibrillator“ aus: sie geben den Banken neues (aus dem Nichts erzeugtes) Geld gegen Wertpapiere als Pfand. Schon bald zeigten sich 2 Faktoren:

- Die Zentralbanken können dieses Geld real nicht mehr herausnehmen, sondern müssen diese „Tenders“ oder „Repos“ immer wieder verlängern. Sonst brechen die Banken zusammen.
- Die Zentralbanken müssen inzwischen jedes Mistpapier (manche schreiben schon von „Toilettenpapier“) akzeptieren.

Etwa diese CDOs oder das davon abgeleitete ABCP, das am Markt vielleicht 15% des Nennwertes bringt. Die Zentralbanken geben dafür zwischen 85 und 100% Kredit.

In der Realität „monetisieren“ die Banken diesen Mist, d.h. sie geben immer längerfristiges Geld dafür her. Das treibt die Inflation hoch und führt irgendwann zu einem Abverkauf der Währungen.

Northern Rock:



Am 14. September schlug dann das „Bankenschicksal“ in England zu, diese Hypothekenbank musste plötzlich zur Regierung und Bank of England (BoE) um Unterstützung gehen. Vor 2 Tagen hatten sie versichert, alles sei in bester Ordnung (die machen das immer so – bei IKB war es ähnlich).

Darauf standen die Sparer vor den Filialen der Bank Schlange und hoben ihr Geld ab. Die Politiker gerieten in Panik und garantierten plötzlich alle Spareinlagen bei dieser Bank.

In der Zwischenzeit sind praktisch alle Spareinlagen bei Northern Rock durch Geld der BoE ersetzt worden (die BoE wollte es nicht tun, aber die britische Regierung zwang sie). Letzte Zahlen berichten von 100 Mrd. Pfund, da noch weitere Spekulationen dieser Bank aufflogen. Privaten Käufer gibt es keinen, daher will man sie jetzt verstaatlichen. Das kostet damit jeden britischen Bürger ca. 2000 Pfund (oder 3000 Euro).

Nicht vergessen, das war eine „relativ kleine Bank“. Wenn es eine Grossbank wie Barclays erwischt, dann ist die Schadenssumme um ein zig-faches höher. Welcher Staat kann sich das leisten? Aber man wollte unbedingt die Schlangen vor den Bankfilialen weg haben.

Inzwischen ist der Immobilienmarkt in Grossbritannien im radikalen Zusammenbruch. Innerhalb weniger Monate sind etwa die Preise in London schon um 35% gesunken. Hier kündigt sich eine Katastrophe an, die mindestens so gross sein wird, wie die Amerikanische.

Sie monetisieren, bis die Währungen abverkauft werden:

Vor 2 Wochen kündigten mehrere Zentralbanken an, unlimitiert Geld bereitstellen zu wollen, um noch über den Jahreswechsel zu kommen. Eine Woche später, schlug dann die EZB mit dem grossen „Geldhammer“ zu: €350 Mrd. für 2 Wochen – 0.7% unter dem Euribor-Zinssatz, gefolgt von einigen weiteren, kleineren „Tenders“. Seit dem kursiert diese Zahl (meist in USD umgerechnet – gibt eine schöne Horrorzahl von \$500 Mrd.) in [vielen Kommentaren](#) herum.



Warum wirft besonders die EZB so mit Geld herum?

Wahrscheinlich ist es so, wie Ambrose Evans-Pritchard in [Crisis may make 1929 look a 'walk in the park'](#) schreibt:

The ECB's little secret is that it must never allow a Northern Rock failure in the eurozone because this would expose the reality that there is no EU treasury and no EU lender of last resort behind the system. Would German taxpayers foot the bill for a Spanish bail-out in the way that Kentish men and maids must foot the bill for Newcastle's Rock? Nobody knows. This is where eurozone solidarity stretches to snapping point. It is why the ECB has showered the system with liquidity from day one of

this crisis.

Eine Staatsübernahme etwa spanischer Banken wie bei Northern Rock ist unmöglich, denn das würden die Wähler in anderen Ländern nicht verstehen – da sie durch alle Euro-Staaten erfolgen müsste. Die Euro-Solidarität hat ihre Grenzen. **Man wollte mit dieser Rieseninjektion primär Spanien helfen.**

In der Realität ist es so, dass auch die spanischen Banken ein ähnliches Modell wie die USA hatten und die Riesenmengen an kaum werthaltigen Hypotheken (grossteils Subprime) und anderer Konsumkredite als MBS (Mortgage Backed Security) oder ABS (Asset Backed Security) weiterverkauften. Spätestens mit dem Zusammenbruch des „Covered Bond-Marktes“ in Europa geht das jetzt nicht mehr. Covered Bonds (Pfandbriefe) haben angeblich eine höhere Qualität als MBS, aber das dürften die Spanier ausgenutzt haben.

Also geben die spanischen Banken ihre MBS an die EZB als Pfand für neue EZB-Kredite weiter. Daher steigen die Tender-Summen auch immer weiter an. Selbst britische Banken (mit einem ähnlichen Modell) gehen dieses Weg und holen sich Geld von der freigiebigen EZB, statt von der BoE.

In der Realität ist es so, dass besonders die amerikanische Fed und die EZB völlig „offen“ sind, d.h. Banken jeder Art können sich dort unlimitiert Geld holen. Citigroup etwa holt jetzt die CDOs aus ihren Conduits wieder in die Bilanz herein, nachdem der geplante „Super-Conduit“ gescheitert ist. Damit können sie ihren CDO-Mist direkt an Ben „Helicopter“ Bernanke weiterreichen, was einer Nicht-Bank wie einem SIV verwehrt ist.



Den „Geldabwurf“ gibt es wirklich, allerdings nicht aus Helikoptern wie von Bernanke in einer Rede 2002 angedeutet (daher sein Spitzname „Helicopter Ben“), sondern elektronisch, aber nur auf die Banken. Jean-Claude Trichet's EZB steht ihm in nichts nach.

Inzwischen empfiehlt man Bernanke grösseres Fluggerät wie B-52 Bomber oder gar die russische AN-225 (das grösste Flugzeug der Welt).

Momentane „Schadenssumme“:

Die bis jetzt im Bankensystem aufgetretenen Verluste werden auf etwa \$1000Mrd. (1\$ trillion) geschätzt (etwa Chris Laird in „[MARKETS IN DENIAL](#)“:

There has been no meaningful movement on the credit situation, and it is rapidly spiraling out of control. So far, stock markets have been in denial for the most part. That has to change for the worse. Eventually, the mushrooming damage from the collapsing credit markets will cause a world stock detonation. The central banks have few options and are not sure what to do. Worse, it appears that the only thing that could work to free the banks is to take those losing assets off their books, which would effectively be monetization of all the losses. **So far**, those losses are estimated to be up to \$1 trillion worth. It could easily end up being perhaps 5 or more \$Trillion.

Ja, die Aktienmärkte konnten sie bisher „schützen“ (auch durch Monetisierung). Aber sie haben keine Lösung als die direkte Monetisierung der Verluste = Überführung der bisherigen Pfänder in das Eigentum der Zentralbanken oder Staaten.

Der selbe Artikel geht auch auf die noch viel grössere Bombe ein, das Downgrading der Bond-Versicherer wie MBIA:

Also consider that there is a major crisis building right now in the \$2.5 trillion municipal bond market in the US. The bond insurers such as MBIA are at risk of having their AAA ratings pulled (they already are probably not AAA but the rating agencies know if they pull that, the tens of thousands of securities they guarantee will lose their ratings, and result in fire sales, the kind of problem that started the huge credit crisis with Bear Stearns before Summer.)

Das wird vermutlich Anfang 2008 kommen und reisst grosse Teile des noch intakten Anleihenmarkts um. MBIA und andere Kreditversicherer haben idiotischerweise auch die riskantesten CDOs, die CDO-Squared (mit eingebautem Kredithebel) versichert, die jetzt alle wertlos sind.

Es zeigt sich bei MBIA, dass die Zentralbanken auch diese Art von Versicherern/Derivaten wie CDS (Credit Default Swap) stützen wollen, das ist aber ein noch viel grösseres Volumen: jenseits von \$500 Trillion (500 Billionen Dollar, das 8-fache Welt-Sozialprodukt).

Einen Ausweg wird es daher vermutlich nur durch einen massiven Ausstieg aus dem Papier-Finanzsystem geben:

2008 – hyperinflationärer Kollaps:

Ich persönlich hätte gedacht, dass die Staaten und Zentralbanken etwas mehr Crash „aushalten“ würden, bevor sie eine unlimitierte Politik der Hyperinflation beginnen. Auch andere Autoren wie Günter Hannich - „Deflation“, Robert Prechter - „Conquer the Crash“, Michael Panzner - „Financial Armageddon“ haben ähnliche Ansichten geäussert.



Jedoch zeigen die Zentralbankreaktionen seit August 2007 und besonders seit der Verschärfung der Bankenkrise im November, dass sie nicht den geringsten Schuldenabbau durch Deflation zulassen wollen. Sie monetisieren jedes Toilettenpapier. Robert Prechter schreibt, dass in den 1930er Jahren die Fed nur die besten Kredite als Pfand für Notkredite an Banken akzeptiert hat. Das ist diesmal entscheidend anders.

Besonders das oben genannte Beispiel der „Rettung“ der spanischen Banken zeigt, dass kein einziger Bankenkollaps akzeptiert wird, denn ein solcher könnte eine Massenpanik auslösen.

Das nebenstehende Bild (von einem Hartgeld.com Leser) zeigt die Situation sehr gut: zwei Pleitegeier (die Fed und EZB werden daran pleite gehen) werfen Unmengen von Geld über ihren jeweiligen Erdteilen ab um die Pleite noch etwas aufzuhalten.

Sie werden Bankenpleiten nicht ewig verhindern können, aber sie machen den Kollaps endgültig hyperinflationär.

Die Flucht aus allen Papierwerten:

Wie bereits in einigen früheren Artikeln ([Die Hyperinflation kommt](#), [Die Rettungsboote](#)) beschrieben, wird sich die heutige Situation höchstwahrscheinlich durch den Abverkauf aller Wertpapiere und Währungen „lösen“. Das gilt zumindest für alle westlichen Währungen (inklusive Japan).

Paul Tustain meint in „[TRAIN WRECK IMMINENT?](#)“, dass einige westliche Währungen gegenüber asiatischen Währungen und Kosten um das 5..7fache überbewertet sind:

Today things are different. You could measure circuit board production in two factories in Indonesia and in Britain, and get the output per worker priced in local currency. Multiply both by their conversion

rate into US dollars, and the British factory seems to have produced 5 - 7 times more US dollar denominated output. So our GDP looks good, but only through the distorting lens of a western currency conversion. There's another way to measure that same output: simply count the circuit boards. Do that and you'll see there's no material difference in productivity between a British and an Indonesian worker. Perhaps the root cause of western currency premium has evaporated, and the anomaly is now that sterling really is 5 - 7 times overvalued against Asian money.

Das gilt für USD, GBP und einige Teile des Euroraumes. Spanien, Griechenland, etc. müssen sicher bei der 10fachen Überbewertung angesetzt werden, Deutschland etwa bei der 3..4fachen.

Egal was passiert, ob jetzt die Banken schon zusammenkrachen oder nicht, in absehbarer Zeit (nur mehr wenige Monate), wird eine allgemeine Flucht aus allen Papierwerten einsetzen. Allein schon das derzeitige Aufblähen der Inflationslüge wird dafür sorgen.

2007 sind wichtige Preise, etwa für Energie und Lebensmittel auch im Euro-Raum zwischen 15..50% gestiegen. Die offiziellen Inflationsstatistiken zeigen die Steigerungen auch schon an, werden aber kaum mehr geglaubt. Selbst im „stabileren“ Teilen wie Deutschland und Österreich, kann man Preissteigerungen bei Konsumgütern bei niedrigeren Einkommen von etwa 10% annehmen (bei Elektronik, etc. ist es besser). Zinsen allgemein und insbesondere für Staatsanleihen von etwa 4% sind damit für längere Sicht unhaltbar.

Es wird das Gleiche passieren, wie am Ende der 1970er Jahre: eine Flucht aus Geldwerten in Sachwerte und hier insbesondere Gold, Silber, Öl. Der Ölpreis ist in den letzten Jahren immerhin um das 7-fache gestiegen. Zeit, dass Gold nachzieht – dann ist das Spiel aus und das Kartenhaus bricht zusammen.

Gold/Silber sind dann nicht mehr zu bekommen:

Schon heute ist es vielerorts schwierig, Gold und speziell Silber zu bekommen. Sogar schon das „Grosskapital“ deckt sich damit ein, wie [verschiedene Berichte](#) zeigen.



Der Goldpreis ist 2007 schon nahe dem bisherigen All-Time-High von \$850/oz (das heute eigentlich wegen der Inflation bei etwa \$4000 liegen müsste) gekommen, wurde dann aber wieder von den Zentralbanken auf ca. \$800 gedrückt.

Jedoch ist der Druck unter dem Goldpreis inzwischen so enorm, dass die \$850 vermutlich Anfang 2008 erreicht werden. Dann wird eine neue Phase eingeleitet. Die Investoren sehen den steigenden Preis und gehen auch hinein.

Irgendwann wird man (der Kleinanleger) dann überhaupt kein Edelmetall mehr bekommen, weil alles schon „an der Quelle“ aufgekauft wird. Die

einzige Möglichkeit wird dann der Einstieg in Minenaktien sein. Oder selbst nach Gold & Silber zu suchen – der grösste Goldrausch aller Zeiten ist zu erwarten.

Der Crash der Banken:

Ob der grosse Anstieg im Goldpreis plötzlich oder langsam kommt, hängt unter Anderem davon ab, ob einige Grossbanken kollabieren oder nicht. Beim einem plötzlichen Kollaps einiger US-Primary-Dealers wie Citigroup oder JP Morgan kann das Gesamtsystem innerhalb einer Stunde tot sein. Man kommt dann nirgendwo noch an seine Bankguthaben heran und an Gold sowieso nicht.

Es hat im letzten Halbjahr schon einige Situationen gegeben, wo das kurz bevorstand, eine Rettung muss aber nicht immer funktionieren. Zumindest wenn die CDS-Bombe hochgeht, wird es wirklich ernst. Wir haben bisher erst einige % des Gesamtproblems und der Gesamtverluste gesehen.



Selbst wenn es den Zentralbanken gelingen sollte, alles abgezogene und zerstörte Geld zu ersetzen, verlieren die Banken ihre Funktion, sie werden zu Bargeld-Verteilmaschinen. Das wäre eine lineare Hyperinflation, die wegen der hohen Gesamtschulden aber kaum wahrscheinlich ist.

Viel eher kommt eine Kombination aus:

- a) Hyperinflation bei Gütern des täglichen Bedarfs. Die Preissteigerungen von 2007 waren dagegen Peanuts. Die Währungen werden durch den Abverkauf aus Asien massiv ab, unser Lebensstandard bricht zusammen.
- b) Deflation bei Finanz-Assets. Die Preise für Aktien, Anleihen, Immobilien, etc. fallen ins Bodenlose, die Zinsen explodieren. So war es meistens bei ähnlichen Krisen.

Warum ist das wahrscheinlicher:

- Die Gesamtverschuldung ist so extrem und bei vielen Ländern im Ausland, sodass ein Panik-Abverkauf der Papiere schneller geht als die Zentralbanken monetisieren können
- Die Konsequenzen der weltweiten Ablehnung einer Währung sind so extrem, dass die Zentralbanken dann gezwungen sein werden, zumindest einen Restwert zu erhalten
- Sobald der grosse Abverkauf einmal begonnen hat, ist er kaum mehr zu stoppen. Die Politik wird also ständig zwischen Währungsrettung und Eigenrettung hin-und herschwanken

Am Ende wird die Hyperinflation siegen. Howard Ruff rechnet in „[The Watershed Years](#)“ mit mehreren neuen Währungen, die auch wieder verfallen, bis jeweils eine neue goldgedeckte Währung eingeführt werden muss:

Sooner or later, the American dollar will no longer be a dependable means of exchange (it is already no longer a store of value), creating chaos in the market-place. In the final stages, Washington will probably make one or two abortive attempts to issue a new currency by “fiat” (official order), and this “fiat” currency will be rejected. All paper currencies depend on confidence. After all else fails, the government will finally be driven by desperation to re-establish a gold-backed currency, but because it has already sold most of its gold hoard, gold will have to be revalued upward to a price adequate to back the new money

Er schreibt, die jeweilige Regierung wird *“driven by desperation”* eine goldgedeckte Währung einführen müssen, weil sonst nichts anderes mehr akzeptiert wird.

Bei uns bedeutet das, dass nach dem Euro wahrscheinlich wieder nationale Währungen kommen werden, die aber auch sofort verfallen.

Dem Euro droht noch einige andere Gefahren. Doug Casey schreibt: hinter dem USD steht nichts (keine Deckung), hinter dem Euro steht nichts und niemand. Das heisst, wenn es wirklich ernst wird, wird sich jedes Land und jeder Politiker selbst zu retten versuchen. Wer zuerst aussteigen wird, ist noch unbekannt.

Man sollte sich die obige Passage aus dem Kommentar zum Tustain-Artikel ansehen:

Spanien, Griechenland, etc. müssen sicher bei der 10fachen Überbewertung angesetzt werden, Deutschland etwa bei der 3..4fachen.

Länder wie Spanien oder Griechenland werden etwa um das 3-fache gegenüber Deutschland abwerten müssen. Wenn die Inflation während der Flucht aus dem Euro einmal 50% im Monat beträgt, bei gleichzeitig explodierender Arbeitslosigkeit, dann wird es speziell in Deutschland einen Volksaufstand geben. Dort ist man gegenüber Inflation besonders kritisch.

Die französischen Politiker haben soetwas in den 1980er Jahren schon erleben müssen, fortan haben sie ihren Franc brav an die D-Mark gekoppelt. Ob sich Sarko erinnert?

Die totale Verarmung:

Alle Probleme, die wir bis jetzt gesehen haben, sind harmlos, im Vergleich zu dem was kommen wird: der Zusammenbruch grosser Teile des Finanzsystems, darauffolgend der Wirtschaft und der Verlust der meisten Geldanlagen.



In den USA entstehen derzeit schon die ersten „Bushvilles“, abgeleitet von den „Hoovervilles“ aus den 1930er Jahren (Hoover war damals Präsident). Heute sind es noch Zeltstädte, damals hat man die Zelte später durch Holzhütten ersetzt. Darin kamen die von den Banken aus ihren Häusern geworfenen neuen Obdachlosen unter. Das wiederholt sich derzeit wieder.

Die Arbeitslosigkeit wird wahrscheinlich höher als die damaligen 25% steigen, denn heute ist der Sockel bereits viel höher und es wird das Geld selbst vernichtet werden. Man kann am tiefsten Punkt der Depression (etwa 2009) mit ca. 40% Arbeitslosigkeit rechnen.

Die Regierungen werden sich vermutlich wie im Deutschland der 1930er Jahre schnell abwechseln,, aber es wird damit keine Besserung eintreten, bis man die Radikalreformen (totale Staatsentschlankung, neue, goldgedeckte Währung) wagt.

Ach ja, viele Wohlstands-Krankheiten wie Übergewicht und die künstliche Lebensverlängerung auf Kosten der Allgemeinheit werden auch verschwinden. Viele Autoren meinen, die „Great Depression“ der 1930er Jahre war ein „Kinderspiel“ zu dem, was jetzt kommt: man nennt sie schon die „Greater Depression“.



Staatsbankrott:

Der Staatsbankrott ist dann nicht mehr ferne. Dann stürzt die Regierung ohnehin, vermutlich gibt es einen kompletten Regimewechsel (in Frankreich eine 6. Republik, in Österreich und Deutschland jeweils eine 3. Republik?).

Alle heutigen Sozialversprechen können dann nicht mehr eingehalten werden, vielleicht gibt es dann eine Rente in der realen Höhe wie in Bulgarien (ca. €80/Monat).

Unter einem neuen Goldstandard ist ein Sozialstaat von heutigem Muster nicht aufrechtzuerhalten. Falls man diese Reformen nicht macht, dann folgt eine Hyperinflation der nächsten und die Verarmung ist entzetzlich.



Die Kaiser ohne Kleider:

Noch etwas kommt: der Tag der Abrechnung mit allen für das Desaster Verantwortlichen und Schuldigen. In den USA hat es bereits mit massiven Klagen gegen die „Hypothekenindustrie“, etc. begonnen.

Plötzlich sieht das Volk, das „die Kaiser“ (Politiker, Banker, etc.) eigentlich „nackt“ sind, d.h. sie betrogen haben. Einige Revolutionen sind dann sicher, denn die kriminelle Energie der heutigen Führer ist enorm. Man denke nur an 9/11 oder das endlose Verluste-Verstecken der Banken.

Alles wird dann in Frage gestellt, daher versuchen die Eliten diesen Zusammenbruch mit allen Mitteln hinauszuschieben.

Wie geht es weiter?



Das Jahr 2007 haben die Politiker und Banker noch für sich gerettet, auch ihre Bonusse. So wurde etwa in mehreren Medien berichtet, dass die Wall Street Banken für 2007 trotz massiver Verluste um 14% erhöhte Bonusse an ihre Mitarbeiter ausschütten wollen. Der CEO von Goldman Sachs bekommt angeblich sogar \$62 Mill. Hier sieht man, warum es wirklich geht – die Erhaltung des Lebensstandards der Banker und die Wiederwahl der Politiker.

Es war 2007 öfters sehr knapp, aber 2008 wird das System kollabieren. Die Zeichen stehen an der Wand. Dies nicht nur in den USA, auch in Europa.

Nochmals zum oben erwähnten Howard Ruff Artikel:

So what is likely in your future? A grisly list of unpleasant events – exploding inflation, leading to probable price controls, shrinking of your savings (possible to nothing), soaring gas and oil, imploding home equities, a collapse of private as well as government pension programs, vastly more government regulation to control your life, the disintegration of the basic foundation of society, the traditional family, and eventually an international monetary holocaust which will sweep all paper currencies (especially the dollar) down the drain and turn the world upside down. Paper fortunes based on lending will implode and a new kind of investment and financial-planning morality will put some very unlikely people on the top of the heap. And you can join them there, if you know what to do.

“Monetärer Holocaust” – das passt. Wer dann oben oder unten ist, wird jetzt entschieden.

Es ist nicht aufzuhalten:

Das hat Bill Bucker (www.the-privateer.com) vor einigen Tagen in seinem „Gold This Week“ geschrieben:

What we are seeing with the freeze in subprime and "asset backed" paper is the end result of pushing a credit expansion beyond its inherent limits. The consequences have been postponed, so far, and the postponement may well last until the end of this year. They will NOT last until the end of 2008.

Was wir gesehen haben, ist das Treiben einer Kreditexpansion über die natürlichen Grenzen hinaus. Die Konsequenzen wurden verschoben und diese Verschiebung mag bis Ende 2007 halten, aber sicher NICHT bis Ende 2008.

Jetzt kommt das:

„Es gibt keinen Weg, den finalen Kollaps eines Booms durch Kreditexpansion zu vermeiden. Die Frage ist nur ob die Krise früher durch freiwillige Aufgabe der Kreditexpansion kommen soll, oder später zusammen mit einer finalen und totalen Katastrophe des Währungssystems kommen soll“ - *Ludwig von Mises*

Es empfiehlt sich auch Ian Gordon's „[This is it](#)“ zu lesen.

Wann beginnt es "richtig": irgendwann in 2008, vermutlich 1. Jahreshälfte

Wann ist das Schlimmste vorbei: 2010 (nach Howard Ruff, andere meinen 2011)

Also: Hyperinflationäre Depression ab 2008

Die Zeichen an der Wand sind für jeden zu sehen, der aufhört, die Augen davor zu verschließen
- Martin Weiss (aus derselben Newsletter-Werbung)

Und 2008 kommt sicher!

PS:

Alle jene, die mich nach dem Lesen dieses Artikels einen „Apokalyptiker“ nennen, werden in 1..2 Jahren ihre Meinung geändert haben. Bisher sind praktisch alle meine Prognosen eingetroffen, möglicherweise auch etwas später als angegeben. **Rette sich wer kann!**

Disclaimer:

Ich möchte feststellen, dass ich kein Finanzberater bin. Dieser Artikel ist daher als völlig unverbindliche Information anzusehen und keinerlei Anlage- oder sonstige Finanzierungsempfehlung – ähnlich wie ein Zeitungsartikel. Ich verkaufe auch keine Finanzanlagen oder Kredite. Jegliche Haftung irgendwelcher Art für den Inhalt oder daraus abgeleiteter Aktionen der Leser wird ausdrücklich und vollständig ausgeschlossen. Das gilt auch für alle Links in diesem Artikel, für deren Inhalt ebenfalls jegliche Haftung ausgeschlossen wird. Bitte wenden Sie sich für rechtlich verbindliche Empfehlungen an einen lizenzierten Finanzberater oder eine Bank.

© 2007 by Walter K. Eichelburg, Reproduktion/Publikation nur mit Zustimmung des Autors.

Zitate aus diesem Artikel nur mit Angabe des Autors und der Quelle: www.hartgeld.com



Zum Autor:

Dipl. Ing. Walter K. Eichelburg ist unabhängiger Network-Consultant und Investor in Wien. Er beschäftigt sich seit mehreren Jahren intensiv auch mit Investment- und Geldfragen. Er ist Autor zahlreicher Artikel auf dem Finanz- und IT-Sektor. Er kann unter walter@eichelburg.com erreicht werden. Seine Finanz-Website ist: www.hartgeld.com

ZEB

PRÄSIDIUM

www.zeb-org.de

Zentralrat Europäischer Bürger/in e.V.

Registereintrag: Deutscher Bundestag WD 3 –3231 – 2/548.05

Amtsgericht Tostedt 81 VR 100573

Bielfeldtweg 26, D-21682 STADE

Tel. 0049-4141-670-123/122/121

Skype: zeb-org

MITGLIEDSANTRAG:

Ich,

Vorname

Nachname

___/___/___

Geburtsdatum

Geburtsort

Staatsangehörigkeit

Tel. Nr.

Fax.Nr.

@Mail.:

beantrage die Mitgliedschaft im ZEB gemäß ZEB-Satzung bis auf Widerruf.

Ort

Datum

Unterschrift

Kontoverbindung:

Stadtsparkasse STADE

Konto: ZEB Zentralrat Europäischer Bürger

Bankleitzahl: 241 510 05

Kontonummer: 10000 29726

Jahresbeitrag 50 Euro